



STRUKTURVERBESSERUNGEN BEI DER LANDESPOLIZEI

Studt setzt Strukturpaket durch

Kiel – Die GdP ist bei ihren Bemühungen um eine aufgabengerechte Bezahlung und damit zu Strukturverbesserungen bei der Polizei und im Justizvollzug für das kommende Jahr einen großen Schritt vorangekommen. Den Informationen des DP-Landesjournals zufolge hat das Landeskabinett - nach intensiven Anstrengungen von Innenminister Stefan Studt - im Rahmen der Nachschiebeliste für die Polizei rund 400 zusätzliche Stellenhebungen bei der Landespolizei im kommenden Jahr beschlossen.

Aufgrund von Pensionierungen sind bisher zum Januar etwa 400 Beförderungen geplant und darüber hinaus weitere zum 1. Juli, dem zweiten üblichen Beförderungstermin. Jetzt werden zahlreiche zusätzliche Beförderungen bei der Polizei möglich. Die GdP geht von mindestens 200 bis 250 zusätzlichen Beförderungen aus, sodass 2017 erheblich mehr Beförderungen möglich sein werden als in diesem Jahr.

Bereits in der KN-Berichterstattung vom 12. September über die SPD-Landeskonferenz in Büdelsdorf waren Ministerpräsident Torsten Albig und der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner im Zusammenhang mit dem Haushalt 2017 zitiert worden: „Wir werden alle Versprechen einhalten, die wir gegeben haben.“ Das gelte auch für die Innere Sicherheit. Dort würde der Haushalt die Versprechen von Innenminister Stefan Studt (SPD), die er in seinem Perspektivpapier gegeben hatte, „ordentlich abgebildet“. Auf Nachfrage von DP-Landesredakteur Thomas Gründemann waren die Aussagen Albigs und Stegners Mitte September von der Pressesprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Petra Bräutigam, schriftlich bestätigt worden und bedeuteten Rückenwind für Innenminister Studt. Darüber hinaus war die Dringlichkeit von Strukturverbesserungen bei der Landespolizei im kommenden Jahr in Gesprächen des Geschäftsführenden Landesvorsitzenden Torsten Jäger und des Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner (wir

berichteten in der Novemberausgabe) sowie Innenminister Stefan Studt (siehe Seite 3) wiederholt vorgetragen worden. Und das offenbar erfolgreich. Die Dringlichkeit war von der GdP vor allem auch mit der Anhebung des Eingangsamtes im mittleren Dienst begründet worden. Und auch die bisherige innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Simone Lange, hatte anlässlich einer Podiumsdiskussion bei der GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte auf den Konsens mit der Gewerkschaft der Polizei hingewiesen, dass für lange im Dienst befindliche Polizistinnen und Polizisten schon in Kürze Beförderungsverbesserungen notwendig seien.

„Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass das Kabinett sich mit der gleichlautenden GdP-Forderung beschäftigen wird und in dieser Hinsicht ein Verbesserungskonzept für 2017 nachschieben wird“, hatte Torsten Jäger noch im Verlauf der Diskussionsrunde einen Tag vor der öffentlichen Ankündigung der Fraktionen von SPD, Grünen und SSW nach entsprechenden Strukturverbesserungen gefordert. Folglich zeigte sich der Geschäftsführende Landesvorsitzende nach dem Kabinettsbeschluss äußerst zufrieden. „Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, allen voran Ralf Stegner und Stefan Studt, haben offenbar erkannt, dass für das politische



Innenminister Stefan Studt Foto: Gründemann

gewichtige Thema Innere Sicherheit diejenigen am wichtigsten sind, die für die Innere Sicherheit unter schwierigsten Bedingungen rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche arbeiten. Die GdP erkennt an, dass damit ein wichtiger Schritt in der Strukturverbesserung der Polizei gemacht ist und Versprechen gehalten werden!“

Darüber hinaus sind 2017 auch im Personalbereich des Justizvollzuges Verbesserungen vorgesehen, wie Stegner bei einer Pressekonferenz am 11. November ankündigte. So werden die Anhebung des Eingangsamtes im Justizvollzugsdienst (Laufbahngruppe 1, 2. Eingangsamt) und zusätzliche Beförderungsamter im Bereich Justizvollzug geschaffen. **Thomas Gründemann**

Im Namen des Landesvorstandes, der Geschäftsstelle und der Redaktion wünschen wir allen Mitgliedern, ihren Familienangehörigen sowie Freunden und Geschäftspartnern der GdP eine ruhige Adventszeit, schöne Weihnachten und einen besinnlichen Jahresabschluss!

Torsten Jäger **Karl-Hermann Rehr** **Thomas Gründemann**
Geschäftsführender Landesvorsitzender Landesgeschäftsführer Redakteur



KAMPFMITTELRÄUMDIENST

Kampfmittelräumer im Dialog mit der Staatssekretärin

Kiel – Zu einem eineinhalbstündigen Austausch in den Räumen der Geschäftsstelle der GdP trafen sich Vertreter des Kampfmittelräumdienstes mit der Innenstaatssekretärin Manuela Söller-Winkler.

Neben den Vertretern aus Groß-Nordsee nahm an dem Gespräch auch Norina Gloy-Leinweber als Tarifgruppensprecherin und der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius teil.

Die Staatssekretärin hatte Uwe Weßler, den in Tarifangelegenheiten zuständigen Sachgebietsleiter aus dem LPA 314, mitgebracht.

In den 90 Minuten konnten Themen wie Fristverträge, Personalgewinnung und Personalkontinuität, Be- und Abrechnung von Bereitschaftsdiensten, Bezahlstruktur inklusive Zulagen und Sachmittelausstattung erörtert werden.

Wichtig war, dass die Kampfmittelräumer (Taucher, Luftbildauswerter, Entschärfer USBV) unmittelbar aus ihrem täglichem Erleben berichten konnten. „Ich habe großen Respekt vor der Arbeit des Kampfmittelräumdienstes und bin für die unerschrockene und unermüdliche Einsatzbereitschaft sehr dankbar“, so Söller-Winkler. Es sei eindrucksvoll dargelegt worden, dass und wie sich das Berufsbild des Munitionsfacharbeiters stark verändert und vor allem technisiert habe. Mit der Staatssekretärin wur-



Nach dem Gespräch stellten sich die Teilnehmer zum Gruppenfoto (v. l.): Uwe Weßler, Thomas Baller, Frank Ketelsen, Andreas Kropius, Manuela Söller-Winkler, Henning Dörner, Norina Gloy-Leinweber, Thomas Günther und Rainer Klaassen
Foto: Gründemann

de Einvernehmen erzielt, dass dies genauer betrachtet werden müsse. Gegebenenfalls müssten langjährige Regelungen solchen Veränderungen angepasst werden.

Andreas Kropius resümierte: „Einiges fällt zwar in die Zuständigkeit der Vertragspartner der TV-L, aber einiges können wir auch in Schleswig-Holstein und in der Landespolizei in eigener Zuständigkeit verbessern. Wir bleiben dran,“ versprach der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

**Ausgabe 1/2017:
5. Dezember 2016**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

RG-TERMINE

Einladung!

Adventskaffee für Senioren im Bereich Schleswig, Mittwoch, 7. Dezember 2016, 15.00 Uhr, im Sportschützenheim Fahrdorf, Anmeldungen bei Walter Bossen: 0 46 21/5 36 31 oder bei Michael Carstensen: 04 61/4 84 25 01

Neumünster Seniorengruppe
Einladung zum Adventskaffeetrinken am Mittwoch, 7. Dezember 2016, Beginn: 14.30 Uhr, im Restaurant & Cafe Friesenstube (im Haus Hog'nDOr) Neumünster, Klaus-Groth-Straße 37, Anmeldungen unbedingt bis zum 5. Dezember 2016 bei Lisa Grützmann: Tel. 0 43 21/2 25 16

Adventskaffee Regionalgruppe Nordfriesland – Senioren – am Mittwoch, 7. Dezember 2016, um 14.30 Uhr in der Gaststätte Carstens in Horstedt, Hauptstraße 28. Anmeldung bitte bei Frank Voigt: 0 48 41/83 03 03 oder Susann Koch E-Mail: susann.koch@polizei.landsh.de



GdP fordert spürbare Verbesserungen bei den Beförderungen Bestandspersonal und Entlassungen für besonders belastende Dienste

Innenminister Stefan Studt und Gewerkschaft der Polizei im Dialog

Kiel – Rund eine Stunde dauerte ein Gespräch zwischen Innenminister Stefan Studt und Vertretern der Landes-GdP, das in der Woche geführt wurde. In dem Austausch unterstrich Studt noch einmal die Bedeutung seines Perspektivpapiers für die Landespolizei. „Ich stehe nach wie vor zu den Inhalten und den langfristigen Plänen für die Landespolizei“, sagte der Minister. Zweifel an seiner Haltung hierzu seien unbegründet. Jedoch seien die in dem Perspektivpapier verfassten Pläne nicht kurzfristig realisierbar.

Neben Studt nahmen Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler, der Stabsleiter des Ministers, Dr. Thiemo Lüße, sowie die Stellvertretende Leiterin der Polizeiabteilung im Innenministerium, Dr. Silke Detering, an dem Gespräch teil.

Der Inhalt des Papiers finde nach wie vor die ausdrückliche Zustimmung der GdP. Schließlich deckten sich die darin verfassten Ziele mit Forderungen der GdP. „Wir erwarten jedoch im Haushalt der Landesregierung fürs kommende Jahre erste Umsetzungssignale“, sagte der Geschäftsführende Landesvorsitzende Torsten Jäger, der gemeinsam mit dem Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius und GdP-Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr zu dem Austausch ins Innenministerium eingeladen worden war.

Nach der Anhebung des Eingangsdienstes auf A 8 seien nun Beförderungen für das Bestandspersonal unaufschiebbar. „Wir reden hier schließlich von denen, die viele Jahre im schweren und gefährlichen Dienst ihre Haut zu Markte tragen und das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Sie haben es mehr als verdient, dass ihre erfolgreiche Arbeit angemessen honoriert wird“, sagten die GdP-Vertreter. Verständlicherweise bestehe dort auch eine entsprechende Erwartungshaltung, dass zum 1. Januar Anhebungen im erheblichen Umfang auch erfolgen. Und auch im gehobenen Dienst gebe es unter anderem an der Schnittstelle von A 11 zu A 12 entsprechende Problemlagen, die mit entsprechenden Anhebungen zu kompensieren seien.

Zumindest ein Signal werde auch bei den Entlastungsschritten für die Kolleginnen und Kollegen in besonders belastenden Dienstformen erwartet. Die in den kommenden Jahren beabsichtigten Mehreinstellungen würden erst im Jahr 2019 als Personalverstärkung Wirkung entfalten. „Deshalb wäre beispielsweise eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für zehn Jahre Wechselschichtdienstleistende in der Landespolizei zumindest ein erster Schritt“, so Torsten



Oben v. l.: Andreas Kropius, Karl-Hermann Rehr und Thorsten Jäger. Unten v. l.: Dr. Thiemo Lüße, Stefan Studt, Manuela Söller-Winkler und Dr. Silke Detering

Jäger. Innenminister Studt und Staatssekretärin Söller-Winkler sagten zu, die Stunden für eine solche Regelung zu erheben und die Größenordnung prüfen zu wollen.

Karl-Hermann Rehr wies auf die aktuelle Entwicklung bei der Vergütung des BvD-Dienstes in der Kriminalpolizei hin. Derzeit sei hierzu eine gemeinsame Veranstaltung der GdP mit dem bdk in Planung. Rehr bat Innenminister Studt, die Einschätzung des Landespolizeiamtes zu unterstützen, wonach im kriminalpolizeilichen Bereitschaftsdienst eine rückwirkende Mindestvergütung von 50 Prozent angekündigt worden ist.

Weitere Gespräche zwischen Innenministerium und Gewerkschaft der Polizei wurden vereinbart.

Foto/Text: Thomas Gründemann

GEWALT GEGEN POLIZISTEN

NDR-Berichterstattung im Schleswig-Holstein-Magazin

Kiel – Die von der Gewerkschaft der Polizei wiederholt beklagte „Gewalt gegen Polizeibeamte“ war Gegenstand einer umfassenden NDR-Berichterstattung, die im „Schleswig-Holstein-Journal“ Lage Schleswig-Holstein ausstrahlt worden war.

Neben einem im Dienst verletzten Polizisten, Günter Jansen als Stellvertretenden Vorsitzenden des „Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizisten und deren Familien in Not“ wurde auch der Geschäftsführende GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger auf der Geschäftsstelle interviewt.

Auf Nachfrage rief Torsten Jäger im Gespräch mit NDR-Moderator Rafael Czajkowski in Erinnerung, dass durchschnittlich jeden Tag drei Gewaltdelikte gegen Polizisten verübt würden. Zudem würden sechs Polizisten Gewalt gegen sich erfahren und einer verletzt.

Nach Erkenntnissen der GdP sei die Zahl im laufenden Jahr wieder steigend.

„Der Frust über einen schwachen Staat entlädt sich bei denen, die für ihn eintreten. Damit steht die Polizei an erster Stelle“, so Jäger. Es sei besorgniserregend, dass 26 Prozent der Bürger in Schleswig-Holstein das Vertrauen in den Staat verloren hätten. Dieser Entwicklung müsse begegnet und der Staat im kommunalen Bereich sowie auf Landes- und Bundesebene mit aus-

reichendem Personal wieder so stark werden, dass er seine vielfältigen Aufgaben erledigen könne.

Gleichzeitig wiederholte der Geschäftsführende GdP-Landesvorsitzende die Forderung nach Schaffung eines neuen § 115 StGB – Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und Soldaten. „Diejenigen, die für diesen Staat eintreten, auch im Bewusstsein der Eigengefährdung, gehören qualifiziert geschützt“, unterstrich Jäger.

Positiv bewertete Torsten Jäger im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Polizisten die Bemühungen der Landespolizei. Die Aus- und Fortbildung, Einsatztraining sowie Ausrüstung befände sich in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg.



„Mitgestalten, Ideen haben, mitmachen, für eigene Meinung einstehen und dafür streiten“

„50 Jahre Zukunft“ unter diesem Motto fand die Jubiläumsveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Berlin am 18. und 19. 10. statt. Oliver Malchow, der Bundesvorsitzende der GdP, leitete mit den Worten ein: „Die Älteren haben sich alle standesgemäß angezogen und die JUNGE GRUPPE meint, man müsse sie auch an der Kleidung erkennen mit T-Shirt und Jeans.“

1966 wurde die JUNGE GRUPPE (hier abgekürzt: JG) gegründet und hat seitdem beständig an Mitgliedern zugenommen. 2012 gehörten der JG rund 33 000 Mitglieder an. Heute sind ihr bereits über 40 400 der 178 000 Gewerkschaftsmitglieder zuzuordnen. Auch hinsichtlich der Zusammensetzung hat sich in den 50 Jahren einiges getan: „Aus dem ehemaligen Männerclub ist ein durchgemischter Laden geworden“, freut sich Malchow. Ferner fügt er hinzu, dass die JG in der Gesamtorganisation ernst genommen werde. Im Laufe seines einleitenden Vortrags stellte er die umfassenden Möglichkeiten dar, die sich der JG bieten: „Mitgestalten, Ideen haben, mitmachen, für eigene Meinung einstehen und dafür streiten.“ Es können eigene Themen bearbeitet werden und das ehrenamtliche Engagement trage auch zur Persönlichkeitsformung und zur Reife bei.

„Die JUNGE GRUPPE ist ein elementarer und absolut wichtiger Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit“, stellt auch Florian Haggenmiller, der Bundesjugendsekretär des DGB, heraus.

Besonderes Lob erfährt die Kampagne „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ u. a. durch Haggenmiller: „Ich bin dankbar, dass die JUNGE GRUPPE das Thema Gewalt und auch Gewalt gegen Polizeibeamte zum Gewerkschaftsthema gemacht hat.“ Auch Bundesjugendvorsitzender Kevin Komolka liegt die Kampagne am Herzen: „Es wird vergessen, dass unter jeder Uniform eine Mutter/Vater/Bruder/Schwester steckt.“ Er stellt auch heraus, dass es kein Argument sein darf, dass wir, als Polizeibeamte, uns diesen gefahrensgefährlichen Beruf ausgesucht haben: „Polizist sein, bedeutet auch

Mensch sein!“ Auch Caren Marks (MdB) findet ähnliche Worte: „Der Mensch hinter der Uniform muss wieder mehr sichtbar werden.“

Komolka geht mit 60 Tagen ehrenamtliche Bundesjugendarbeit voran. In seiner Festtagsrede stellt er heraus, dass die JG die weltweit größte Interessenvertretung für junge Polizeibeschäftigte ist. Mit einem Grinsen philosophiert er: „Die Zukunft ist die Zeit, die subjektiv gesehen an die Gegenwart knüpft, die wiederum auf das Es-war-einmal folgt.“ Komolka stellt umfassende Themenkomplexe dar, die die Polizei und damit auch die JG bewegen: u. a. Herabsetzung der Einstellungs Voraussetzungen, Konkurrenz der Bundesländer untereinander („gleiche Arbeit, gleiche Löhne, gleiche Absicherung, gleiche Polizei!“), Flüchtlinge, aufsteigende Parteien in Deutschland sowie Gewalt gegen Polizeibeamte. Auch zitiert er aus der Deutschen Polizei: „Nicht gegen die Jugend, sondern mit der Jugend wird Zukunft gemacht“ und stellt in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der JG heraus.

In einer Gesprächsrunde mit der Überschrift „50 Jahre in 60 Minuten“ wurde ein Ritt durch die Jahre seit der Begründung der JG mit ehemaligen und dem aktuellen Bundesjugendvorsitzenden gestaltet. 1966, zur Entstehungszeit der JG, gab es noch den Kalten Krieg und Notstandsgesetzgebung, sowie eine hohe Bewaffnung, wie Gerd Niehoff herausstellt. Auf Reinhard Soll wartete in seiner Legislaturperiode (1990 bis 1994) eine ganz andere Aufgabe: Bei ihm ging es darum Ost und West miteinander zu verbinden sowie alte und junge Polizeibeamte, so z.B. über organisierte Fahrradtouren.

37 Jahre nach der Uraufführung des JG-Liedes, ließen Gerd Die-



Die schleswig-holsteinische Delegation gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow (3. v. l.): Alena Hein, Swantje Stieh, Torsten Jäger, Sebastian Kratzert, Holger Hasche und Jan Schmidt (v. l.).

fenthaler am Mikrophon und Dietmar Schilff an der Gitarre dieses wieder aufleben. „Die JUNGE GRUPPE ist dabei!“ fand dabei auch unter den jungen Kollegen schnell Zuspruch und am Ende sangen und klatschten nahezu alle mit. Nach dieser Gesangseinlage verlegten alle Gäste in die Kulturbrauerei, wo bei gutem Essen die ein oder andere Idee und Erfahrung ausgetauscht wurde. Besonders interessant war es hierbei zu erfahren, wie Polizei in den anderen Ländern „tickt“ und welche Themen die Kolleginnen und Kollegen beschäftigen.

Am Folgetag fand Dietmar Schilff, der stellv. Bundesvorsitzende der GdP, deutliche Worte: „Die JG ist das Jugendelexier der GdP. Ohne sie gibt es keine Zukunft für die GdP!“

Auch Caren Marks lobt: „Mit ihren Kampagnen und Veranstaltungen legen Sie immer wieder den Finger in die Wunde – nicht zu laut und nicht zu leise. Es geht darum, in der Öffentlichkeit den richtigen Ton zu treffen und das ist hier der Fall.“

Festreferent Klaus Burmester spricht in seiner Rede von Umbrüchen, der digitalen Transformation sowie Chancen und Risiken. Der Zukunftsforscher geht dabei u. a. auf die Automobilität ein und das Versprechen einiger Unternehmen, dass es über einen bestimmten Zeitraum durch Autonomes Fahren keine Unfälle geben würde. Auch geht er auf Roboter als Arbeitskräfte ein. Wie es in einem Werbevideo der Firma BMW heißt: „Die Belastung sinkt, die Qualität der Arbeit steigt.“ In einer Studie aus den



JUNGE GRUPPE

USA wird herausgestellt, dass 47% aller Jobs automatisierbar seien. Als ein Fazit stellt er dar: „Die Arbeit, wie wir sie kennen, wird sich massiv verändern und auch ganze Berufsbilder.“

Beim sog. „Generationendialog“ zwischen ehemaligen und währenden JG-Mitgliedern sprachen sich sowohl die jüngeren Diskutanten wie Maike Neumann und Sabrina Kunz für eine weitergehende Digitalisierung bei der Polizei aus („Wir wollen vor das Geschehen kommen und nicht immer hinterherrennen, z. B. wollen wir Laptops auf den Streifenwagen haben.“ – Neumann, „Ich sehe mehr Chancen als Risiken.“ – Kunz.), als auch die dienstälteren Kollegen. „Ich finde es wichtig, sich vor die Lage zu begeben“, so Dietmar Schilff. Auch sehen sie eine Ursache deutlich: „Personal-

mangel führt dazu, dass Polizei nicht mehr up to date ist. Es können z. B. kaum noch Lehrgänge wahrgenommen werden.“ Ramin Kalali erkennt aus den vergangenen Monaten ein weiteres Problem: „Es reicht ein Tweet, um eine gesamte Generation zu verunsichern.“

Aus Schleswig-Holstein reisten Sebastian Kratzert, Holger Hasche, Torsten Jäger (Geschäftsführender Landesvorsitzender), Jan Schmitt (Landesjugendvorsitzender), Alena Hein und Swantje Stieh an. Alle sechs zeigten sich mit der Organisation, den Vorträgen und dem Rahmenprogramm zufrieden. Hasche, ehemaliger Landesjugendvorsitzender in SH, freut sich über die Teilnahme: „Ein schönes Erlebnis, nach über 20 Jahren mal wieder in die ‚JUNGE GRUPPE-Welt‘ einzutauchen. Viele Jeans- und T-Shirt-Trä-

ger von damals sind die Schlipsträger von heute.“ Auch der aktuelle Landesjugendvorsitzende war angegan von der Veranstaltung: „Spannend war ganz besonders die Podiumsdiskussion zwischen ehemaligen und aktiven JUNGE-GRUPPE-Funktionären. Besonders beeindruckt hat mich hierbei, als deutlich wurde, wie wertvoll die neuen Medien für uns und unsere Kommunikation sind. Auch der länderübergreifende Austausch hat wieder für neue Ideen gesorgt. Insgesamt eine tolle Veranstaltung.“

Mit den Worten „Der eine wartet bis die Zeit sich wandelt, der andere nutzt die Zeit und handelt“ schloss Christoph Möhring, Stellv. Bundesjugendvorsitzender, die Veranstaltung ab. Am Ende waren sich alle einig: Die Hausaufgabenhefte der JG sind nun voll.

LANDESFACHAUSSCHUSS WASSERSCHUTZPOLIZEI**Politischer Seemannsontag ohne Regierungsvertreter**

Ein Jahr nach der Reform

Kiel – Es sollte ein lockeres Gespräch mit den sechs Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden. Der Landesfachausschuss (LFA9) Wasserschutzpolizei (WSP) lud Mitte Oktober zu einem politischen Seemannsontag beim Wasserschutzpolizeirevier Kiel ein. Tür an Tür zum Landtag, welcher am selben Tag Plenarsitzung hatte. Kurz nach der Reform der Organisation der WSP zum 1. Oktober 2015, hat sich auch der LFA WSP neu konstituiert, welcher sich vorstellen wollte. Den Ablauf des ersten Jahres in der neuen Organisation, einhergehend mit der Umsteuerung von ca. 25% des Personals in andere Bereiche der Landespolizei, wollten wir zudem zum Anlass nehmen, um mit den polizeipolitischen Sprechern der Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags ins Gespräch zu kommen.

Was hat sich für die Mitarbeiter der WSP in diesem Jahr verändert, was ist schlechter, was ist vielleicht sogar besser geworden? Ihre Mittagspause opferten Dr. Ekkehart Klug (FDP), Dr.



Die Teilnehmer der Gesprächsrunde: Andreas Kropius, Stefanie Siegner, Wolfgang Dudda, Dr. E. Klug, Bernd Möller, Dr. A. Bernstein, Marco Wemhoff-Marks, Jan Schmellekamp (v. l.)

Axel Bernstein (CDU) und Wolfgang Dudda (Piraten, Zollbeamter und GDP-Mitglied), welche mit regem Interesse den Dialog suchten und ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte hatten. Themen wie Fischereiaufsicht, Gefahrgutumschlag im Hafen, Präsenz in den Häfen, Aufstiegschancen, Zulagen wurden bewegt. Die regierungstragenden Fraktionen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie SSW)

hatten jeweils leider nicht auf unsere Einladung reagiert. Ob dieses ein mangelndes Interesse spiegelt, ist spekulativ. Es bleibt jedoch ein Gefühl geringer Wertschätzung.

**Stefanie Siegner
(für den LFA WSP)**

PS: Fragen oder Anregungen gerne an: WSP-LFA-SH@gdp.de



WSPR Brunsbüttel siegte

22. Bereichsmeisterschaft im Kuttersegeln

Plön – Vor der Kulisse des Plöner Schlosses fand bei allerbestem Segelwetter die 22. Wasserschutzpolizei-Bereichsmeisterschaft im Kuttersegeln auf dem Großen Plöner See statt.

In insgesamt vier Rennen maßen sich die Wasserschutzpolizeireviere Kiel, Brunsbüttel, Lübeck und die Wasserschutzpolizeiabteilung im LPA miteinander. Auf einem Rundkurs galt es für die Besatzungen der insgesamt vier Marinekutter, die Inseln Hankenburg und Olsburg zu umrunden, um dann wieder zum Ausgangspunkt, der Marineunteroffizierschule (MUS), zurückzukehren. Bei Windstärken von vier bis teilweise fünf Beaufort wurde den Kutterbesatzungen alles abverlangt, großes seemannisches Können und Verständnis für Wind- und Wetterverhältnisse waren gefordert, und es wurde auf verschiedenen Kursen ausgiebig gekreuzt, geluvt, geheißt und gefeiert.

Gleich im ersten Rennen bekam das Boot des LPA 4 die Kraft der Naturgewalten zu spüren. Am Großmast löste sich ein Want, sodass der Mast unter vollem Wind dem Segeldruck nicht mehr standhielt. Als Resultat musste der Kutter mit einem Riss im Fuß des Holzmastes vorzeitig den Hafen anlaufen. Glücklicherweise war im Bootshafen der MUS Ersatz vorhanden, sodass der Kutter nach der Mit-

tagspause, in der sich alle Teilnehmer mit einem kräftigen Schlag Gulaschsuppe stärken konnten, wieder an den beiden Nachmittagswettfahrten teilnehmen konnte. Im vierten und letzten Rennen legte der Brunsbüttler



Kutter gleich einen Bilderbuchstart hin, schätzte dann aber die Tiefen des Sees falsch ein und musste sich mühevoll aus dem seichtem Wasser befreien. In einem furiosen Finish konnte er aber noch das Boot des Vorjahressiegers aus Kiel auf Platz 4 verweisen. Einen souveränen Sieg landete jedoch in diesem Rennen der Stab mit mehreren Bootslängen Vorsprung vor dem Rest des Feldes. Der Gesamtsieg – und damit der Wanderpreis – war der Mannschaft aus Brunsbüttel aber nach zuvor zwei Siegen und einem zweiten Platz nicht mehr zu nehmen, und so wird die 23. Bereichsmeisterschaft im nächsten Jahr nun traditionell durch das WSPR Brunsbüttel organisiert und ausgerichtet werden.

Matthias Borowy, der die Wettfahrten in diesem Jahr für das WSPR Kiel organisiert und damit auch die Regattaleitung innehatte, zeigte sich sichtlich erfreut über den reibungslosen Ablauf und die gute Stimmung unter den Teilnehmern. „Wichtig bei Events wie diesem ist es, dass man es schafft, den Teamgeist und den Zusammenhalt durch gemeinsame Erlebnisse zu stärken und zu vertiefen und dabei noch die für den täglichen Dienst unerlässlichen seemannischen und nautischen Kompetenzen weiter auszubilden. Und das ist heute hervorragend gelungen“, erklärte er die Bedeutung von solchen dienstlichen Wettbewerben. „Weiterhin konnte die Zeit zwischen und nach den Wettfahrten auch genutzt werden, um sich revierübergreifend über die unterschiedlichen fachlichen Belange auszutauschen.“

Nachdem der obligatorische Einlaufschauer vorbeigezogen war, wurden beim anschließenden Grillen – gefolgt von der Siegerehrung – ausgiebig Renntaktiken diskutiert und die erworbenen Erkenntnisse unter den Teilnehmern ausgetauscht.

Auch der Stellvertretende Leiter der WSP, POR Stefan Erichsen, der selbst die Mannschaft des LPA 4 verstärkte, war mit der Veranstaltung sichtlich zufrieden und lobte die hervorragende Planung und die professionelle Umsetzung. Erichsen: „Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und besonders bei der Organisationscrew. Das war wirklich eine sehr gelungene Veranstaltung. Und das Wetter war uns allen heute auch wohlgesonnen.“ **Mathias Willerscheidt**

JUBILÄUMSTREFFEN

Erinnerungen

Am 1. Oktober 1976 starteten ungefähr 150 junge Wachtmeister in der Bereitschaftspolizeiabteilung in Eutin in ihr Berufsleben. 29 dieser inzwischen „alten Haudegen“ aus dem ganzen Land trafen sich vier Jahrzehnte später in der Polizeischule „Wilhelm Krützfeld“ in Kiebitzhörn, um das gemeinsame Jubiläum zu feiern. Von Jürgen Krause mit dem Kantinenpächter hervorragend organisiert, bekam jeder der wollte ein Einzelzimmer, lecker Abendessen und am nächsten Morgen ein schönes Frühstück. Dazwischen wurden bei dem einen oder anderen Getränk Anekdoten aus der Ausbildung und den

letzten 40 Jahren zum Besten gegeben. Auch die ehemaligen Mitglieder des damaligen „Stammpersonals“ wurden in Erinnerung gerufen. Und die Geschehnisse von Brokdorf 1981 wurden mit ei-

nem Kurzfilm wieder buchstäblich vor Augen geführt. Mit Dias von „damals“, aber auch den beiden letzten Treffen 2001 und 2006 rundete Jürgen Krause das Treffen der Jubilare ab.

Blickten gemeinsam auf 40 Dienstjahre zurück: Hans-Peter Lohmann, Jörg Oestreich, Michael Schirmer, Reinhard Berg, Wolfgang Kommorovskij, Michael Gonnell, Wolfgang



Jaschinski, Dieter Nissen, Jürgen Krause, Rainer Bannick, Volker Schmidt, Klaus-Peter Wiesenberg, Rainer Wackerow, Günter Dobbeck, Wolfgang Menger, Horst Reichgardt, Christian Heindorf, Horst Trinker, Holger Thiem, Burckhard Wernicke, Hartmut Schmidt, Ralf Käshammer, Ralf Rowedder, Rüdiger Foßbeck, Uwe Thöming, Michael Schildt, Uwe Kröger, Dieter Börsen und Michael Stein





Wellness & Erholung rund um das Jahr



PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH

Information und Buchung:
PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

Lüneburg-Adendorf

„Aquadreams“ im
Best Western Premier Castanea
Resort Hotel****+

Neckermann Care, Seite 21, Anreise z.B.
vom 02.11.2016 - 29.11.2017 möglich
10% Frühbucherrabatt bei Buchung bis 60 Tage vor Abreise,
kein Angebot vom 23.12.-31.12.2016

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Superior Zimmer inkl. Frühstücksbuffet
- 1 x Begrüßungsprosecco
- 1 x Salzgrotte (ca. 45 Min.)
- 1 x Sole Spa-Peeling (ca. 55 Min.)

ab **199 € p.p.**

Braunlage/Harz

„Relax Tage“ im Relaxa Hotel

Harz-Wald****
Neckermann Care, Seite 58, Anreise
täglich vom 03.01. - 29.11.2017 möglich
(Kein Angebot vom 14.-16.04., 25.-27.05. und
02.-04.06.2017)

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x Abendessen
- 1 x Cleopatrabad pro Person (ca. 20 Min.)

ab **139 € p.p.**

psw-fours.de



Stralsund/Mecklenburg

„Zeit zu Zweit“ im Wyndham
HanseDom****

Neckermann Care, Seite 30, Anreise täglich
02.01. - 31.10.2017

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x 4-Gang-Candlelight-Dinner inkl. 1 Glas Sekt
- 1 x Hamam-Ritual zu zweit in Eigenanwendung (ca. 90 min)
- Nutzung des HanseDom **176 € p.p.**

Zinnowitz/Usedom

„Romantik am Meer“ im Strand- &
Wellnesshotel Preussenhof****

Neckermann Care, Seite 35, Anreise z.B.
vom 02.01.2017 - 29.11.2017 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer zur Landseite inkl. Frühstück
- 1 x Romantikwelcome mit Rosenstrauß & Piccolo auf dem Zimmer
- 1 x Romantisches 4 Gänge-Candlelight-Dinner
- Rasulzeremonie zu zweit, Ganzkörperpeeling im Dampfbad (ca. 30 Min.)

ab **183 € p.p.**

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

Und was sonst noch so war ...

14. Oktober

Heute wendet sich ein Kollege des Landeskriminalamtes an uns. Er ist 59 Jahre und überlegt, mit seiner Lebensgefährtin Wohneigentum zu erwerben. Bei einem Informationsgespräch seiner Bank verlangt diese (wie üblich) Verdienstbescheinigungen. Da in wenigen Monaten der Ruhestand des Beamten ansteht, verlangt die Bank zusätzlich eine Bescheinigung über das künftige Ruhegehalt. Unserem Kollegen gelingt es nicht, beim Dienstleistungszentrum, Personal eine solche Bescheinigung zu erhalten, nicht einmal ein Gesprächspartner steht zur Verfügung. Letztendlich hilft die Abteilung 3 des Landespolicieamtes. Deutlich wird an dieser Stelle aber ein Mangel. Allerdings ist mit der Realisierung des neuen Programms KoPers 2017 mit Abhilfe zu rechnen. Hier soll ein eigenständiger Ruhegehaltsrechner integriert werden.

15. Oktober

Im Landtag findet die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Versorgungsfonds statt. Zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung zukünftiger Versorgungsausgaben soll in einem ersten Schritt die bisherige „Versorgungsrücklage“ fortgeführt und nach 2017 über weitere Zuführungen aus dem Haushalt vergrößert werden. Die jährliche Zuführung soll bis 2028 auf dem Niveau der für 2017 veranschlagten 77,5 Mio. gehalten werden. Im Vorfeld hatte der DGB mit zwei Stellungnahmen und drei Gesprächsrunden im Finanzministerium Einfluss auf den Gesetzentwurf genommen. Die Gewerkschaften konnten dabei eine Klarstellung erreichen, dass den Beamtinnen/Beamten und Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfängern nach 2017 nicht mehr 0,2 Prozentpunkte von jeder Anpassung der Besoldung und Versorgung abgezogen und der Rücklage zugeführt werden.

20. Oktober

16.30 Uhr – Beginn des Vorbereitungsunterrichtes für GdP-Mitglieder zum Auswahlverfahren in den höheren Polizeidienst. Es haben sich 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingefunden. Sehr anschaulich erläutert Thomas Weißenberg die einzel-

nen Stufen des Auswahlverfahrens. Nach dieser allgemeinen Information sind weitere Treffen nach den jeweiligen Prüfungsschritten geplant.

27. Oktober

Eine neue Broschüre des GdP-Bundesvorstandes trifft auf der GdP-Geschäftsstelle ein: „Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Polizei“. Arbeitsschutz, betriebliches Eingliederungsmanagement und auch Gesundheitsförderung sind wichtige Themen für die GdP und ihre Personalräte. Von A wie Ausrüstung bis Z wie Zusatzkuren sind alle Stichwörter erläuternd gelistet. Die Broschüre ist bei der GdP kostenfrei abrufbar. Kontakt: Nicole.Jelinsky@gdp.de

2. November

Dr. Breyer von den Piraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag greift eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft Flensburg an. Es geht um einen Polizeieinsatz um das im Sommer geräumte Luftschloss. Breyer vermutet unangemessene und nicht erforderliche Polizeigewalt. Mit einem Rundumschlag greift der Piratenpolitiker SPD, Grüne, SSW, CDU und FDP an. Sie deckten dieses Vorgehen und hätten kein Interesse an Aufklärung. Kai Dolgner (SPD) kontert scharf: Der Kollege Breyer möchte wissen, warum die Staatsanwaltschaft die Ermittlungsverfahren eingestellt hat. Dabei kennt er die öffentlich gemachten Gründe der Staatsanwaltschaft: „Nach Auswertung der gesamten Videosequenz und weiterer Videoaufnahmen sowie diverser Zeugenvernehmungen sind die von den eingesetzten Polizeibeamten vorgenommenen Diensthandlungen zur Durchsetzung eines mehrfach ausgesprochenen Platzverweises und Sicherung einer Festnahme als rechtmäßig einzustufen.“

Es kann ja sein, dass man persönlich diesen Gründen nicht folgen kann. Es ist auch bereits Beschwerde eingelegt worden, sodass das Verfahren weiterläuft. Es ist aber schon abenteuerlich, dass ausgerechnet die Fraktion, die sonst glaubt, die Unabhängigkeit der Justiz von der Politik besonders scharf einfordern zu müssen, hier in ein laufendes Verfahren eingrätchen will. Der Kollege Breyer muss sich auch fragen lassen, wie denn ein weiteres Hinterfragen der Staatsanwaltschaft aussehen soll. Soll sich der Ausschuss alle Videos

und alle Zeugenaussagen vorlegen lassen? Zu welchem Zweck? Soll der Landtag die Staatsanwaltschaft auffordern, die Ermittlungen wieder aufzunehmen? Und wenn – warum nur in diesem Fall? Dürfen künftig nur noch Juristen in diese Parlamente?

Justizstaatssekretär Schmidt-Elässer gab keine Erklärung wegen einer eingelegten Beschwerde seitens der Landesregierung ab.

Die SPD steht fest hinter den Prinzipien der Gewaltenteilung, auch wenn man manchmal vielleicht die Entscheidungen der anderen Gewalten nicht nachvollziehen kann. Mit uns wird es keine Volkstribunalisierung der Parlamente geben. Offenbar vermisst der Kollege Breyer seine alte Tätigkeit als Richter. Dieser kann er ja nach der nächsten Landtagswahl gerne wieder nachgehen.

7. November

Die SPD-Innenminister der Länder kommen heute in Norderstedt zusammen. Die acht Männer und Senatoren wollen ein Papier verabschieden für eine effektivere Bekämpfung der Einbruchskriminalität in Deutschland. Der Entwurf sieht unter anderem vor, die Telefonüberwachung auf potenzielle Einbrecherbanden auszuweiten. „Wir wollen die Einbruchskriminalität insgesamt eindämmen“, sagte Schleswig-Holsteins Innenminister Stefan Studt im Vorfeld als Gastgeber des Treffens. Die Fallzahlen bei Wohnungseinbrüchen in Deutschland waren zuletzt auf rund 167 000 im Jahr 2015 gestiegen – das waren zehn Prozent mehr als 2014. Dabei spielen laut Polizei Banden aus Osteuropa eine große Rolle.

Zu diesem Thema meldet sich auch der Fernsehsender Sat.1 bei uns. Es geht um eine GdP-Stellungnahme zu den Vorhaben der SPD-Innenminister. Wir begrüßen die Aktivitäten: Steigende Einbruchszahlen und eine schlechte, bei rund zehn Prozent liegende Aufklärungsquote müssen die Politik zum Handeln zwingen. Der Landesfachausschuss K hatte sich in seiner September-Sitzung bereits mit der Problematik beschäftigt und dafür plädiert, Funkstellenabfragen, TKÜ und europäischen Datenaustausch zu forcieren. Das sagen wir dem Fernsehsender, ohne vergessen, darauf hinzuweisen, dass gerade TKÜ sehr personalintensiv ist.

